

Zur Wirtschaftslage

Von Prof. Dr. G. Menz

Zur internationalen Währungslage — Konjunkturberichte — Buchgewerbe und Buchhandel

Die Abwertung des Danziger Guldens Anfang des Monats hat erneut Anlaß zu mancherlei Erörterungen über die W ä h r u n g s f r a g e n gegeben. Man darf aber gerade den Danziger Vorgang nicht überschätzen. Er steht unter besonderen Bedingungen, die nicht verallgemeinert werden können. Im übrigen ist er aber natürlich ein Symptom der Spannungen, die international die Lage beherrschen und von uns immer wieder beleuchtet worden sind. Welchen Standpunkt Deutschland dabei einnimmt, ist bekannt. Er ist eben erst wieder noch einmal von Reichsbankdirektor Blessing in einem Vortrag im Rahmen der Unterrichtswoche für Reichsbankbeamte, die eben abgehalten worden ist, dargelegt worden. Nach dem Bericht im Reichs- und Staatsanzeiger wurde dort u. a. erklärt:

Deutschland hat sich nach der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus entschlossen aus dem Deflationszirkel herausgelöst und ist seine eigenen Wege gegangen. Die Regierung war sich klar darüber, daß die wirtschaftspolitischen Ziele im Innern nur auf der Basis einer stabilen Währung erreicht werden können, denn ohne Währungsstabilität wäre weder die Finanzierung des nationalen Arbeitsbeschaffungsprogramms noch der große Fortschritt auf dem Gebiet des Kapitalmarktes erreicht worden. Freilich unterscheidet sich unsere jetzige Währung vollkommen von derjenigen früherer Zeiten. Sie wird aufrechterhalten mit Hilfe einer umfassenden Devisenbewirtschaftung, die nur in einem Lande hervorragender organisatorischer Begabung und einwandfreier Integrität des Beamtentums möglich ist. Die deutsche Währung ist heute ebenso sehr Binnenwährung, wie der Goldblock oder der Sterlingblock eine Art Binnenwährung auf erweiterter Basis sind. Die Orientierungsmassstäbe der deutschen Währungspolitik sind grundsätzlich andere geworden. Die Notenbankpolitik ist identisch mit der Zielsetzung der Regierungspolitik überhaupt, nämlich soviel wie möglich deutsche Volksgenossen in Arbeit und Brot zu bringen und zu erhalten und den Lebensstandard des deutschen Volkes innerhalb der gegebenen Möglichkeiten zu sichern. Bei allen ihren Maßnahmen behielt die Reichsbank jedoch immer die Grenzen im Auge, die ihr durch die Aufrechterhaltung des inneren Wertes der Währung gezogen sind. Der beste Beweis dafür ist die nur geringe Zunahme des Zahlungsmittelumsatzes.

Direktor Blessing schloß nach einer Erläuterung des Neuen Planes, der in erster Linie währungspolitischen Charakter habe, da er nicht nur die Einfuhr, sondern gleichzeitig den Devisenabfluß regelt, mit folgenden Worten:

Die nationalsozialistische Wirtschafts- und Finanzpolitik hat ebenso wie die nationalsozialistische Befreiungs- und Gleichberechtigungspolitik das Gesetz des Handelns selbst in die Hand genommen. Wir werden uns dieses Gesetz des Handelns auch künftig nicht aus der Hand schlagen lassen. Nichtsdestoweniger wissen wir, daß viele der Maßnahmen, die wir auf dem Gebiet der Währungs- und Wirtschaftspolitik heute in Anwendung bringen müssen, kleine Mittel sind im Verhältnis zu den großen Möglichkeiten, die die Welt von dem Tage an haben wird, wo sie zu einer außenpolitischen Befriedung auf der Basis einer allseitigen Gleichberechtigung und zu einer größeren Stabilität auf dem Gebiet der Währungen kommt.

Ähnliches hat im Fortgang derselben Unterrichtswoche auch Reichsbankrat Dr. Einsiedel ausgeführt. Nachdem er insbesondere daran erinnert hatte, daß es nicht zuletzt Aufgabe der Währung sei, den Verkehr mit dem Ausland zu vermitteln, betonte er nach dem Bericht der Frankfurter Zeitung u. a.: Daß unsere Währung diese Aufgabe zur Zeit nur in höchst mangelhafter Weise zu erfüllen vermöge, sei eine Tatsache, die sich nicht beschönigen lasse, die aber auch nicht beschönigt zu werden brauche. Die wichtigste Voraussetzung für einen Umschwung sei die politische Befriedung der Welt. Erst wenn der Geist von Versailles verschwinde, wenn der Grundsatz der Gleichberechtigung den Unterdrückungswillen der Siegermächte ablöse, wenn die Vergewaltigung der Wirtschaft durch die Politik aufhöre, erst dann sei wieder an eine Weltwirtschaft zu denken. Eine weitere unbedingte Voraussetzung sei die Vereinigung der internationalen Verschuldung, insbesondere des

deutschen Transferproblems, das die ungeheure Verschärfung der Weltkrise in erster Linie verschuldet habe. Die deutschen Schulden, die bei einem Welthandelsstand von 100 eingegangen seien, ließen sich bei einem Stande von 30 oder 40 nicht zurückzahlen. Die Zahlungen müßten notwendig so lange ausgesetzt bleiben, bis der ansteigende Welthandel sie wieder ermögliche. Die Erkenntnis, daß in der Tat die Befriedung der Welt und die Wiederherstellung fester Währungsverhältnisse ganz allgemein erst wieder vom Aufschwung des Welthandels und einer grundlegenden Besserung der internationalen Wirtschaftslage ermöglicht werde, scheint allgemein zu wachsen. Noch immer sind wir allerdings davon noch weit genug entfernt, daß aus dieser Erkenntnis überall die erforderlichen Taten entspringen. Den vor vier Wochen schon angeführten Stimmen haben sich inzwischen zahlreiche weitere zugesellt. Das läßt die Hoffnung wachsen, daß die Vernunft schließlich doch siegen werde. Wir müssen uns aber wohl noch für einige Zeit mit Geduld wappnen. Doch brauchen wir inzwischen nicht untätig zu sein. Wir können auch das Vertrauen haben, daß die verantwortlichen Stellen sich ihrer Aufgabe bewußt sind und zu handeln wissen. In diesem Zusammenhang ist jetzt die Erörterung der Finanzierung der Ausfuhr besonders lebhaft. Mit Recht macht Konnenbruch im Böllischen Beobachter in Verwahrung gegen Ausführungen der Frankfurter Zeitung darauf aufmerksam, daß die Presse nicht dazu da sei, die handelspolitischen Absichten der Regierung breitzutreten. Vorzeitige Behandlung derartiger Fragen könne nur stören. Die Frankfurter Zeitung fürchte, daß die Absaugung der Konjunkturgewinne das Aufbauprogramm hemmen könnte. Aber wir lebten jetzt nicht in der Krise, wie sie war, sondern in der Zeit, in der der Nationalsozialismus die Krise bewältigte. Die Arbeitsbeschaffungspolitik sei das Primäre und nicht die Unternehmerrgewinne. Diese würden in einer neuen Krise ganz aufhören, wenn der Staat keine Arbeitsbeschaffungspolitik treibe und sie also nicht mehr teilweise absauge. Treibe er aber Arbeitsbeschaffungspolitik, so würden sich auch Unternehmerrgewinne ergeben. Daß diese nach seinem Willen den Einfluß in der Wirtschaft finden, sei ein Recht, das er beanspruchen könne. Wenn das Unternehmertum aus eigenen Kräften die für die Bezahlung der Einfuhr benötigten Devisen aufbrächte, hätten wir kein Außenhandelsproblem, und dann brauchte der Staat auch nicht einzugreifen. Das ganze Problem der Außenhandelsfinanzierung bestehe nicht darin, ob der Staat die Ergebnisse der von ihm geschaffenen Wirtschaftsbelebung einsetzen dürfe oder nicht, um die Wirtschaftsbelebung weiter vorzutreiben. Das Problem bestehe darin, daß auch wirklich die durch die Arbeitsbeschaffung geschaffenen Gewinne erfasst würden. Die praktische Sorge gehe dahin, daß auch wirkliche Gewinne aufgesaugt würden, daß der Entzug von Mitteln für die Ausfuhrförderung nicht auf die inländische Käuferschaft abgewälzt und in Gestalt von Preiserhöhungen wieder eingebracht werde. Das praktische Problem also sei, der Inlandwirtschaft ihren erreichten Gang und den erreichten Kraftstandard zu lassen und doch Mittel für die Ausfuhrförderung frei zu bekommen. Das sind Gedankengänge, die auch den Buchhandel interessieren dürften.

Anschließend möchten wir auch noch auf Darlegungen aufmerksam machen, die Dr. Goerdeler als Preis-Kommissar in einem Aufsatz in der »Deutschen Wirtschaftszeitung«, dem Organ der Reichswirtschaftskammer eben veröffentlicht hat und die u. E. besondere Beachtung verdienen. Er geht (nach Wirtschafts-Nachrichten) davon aus, daß die unerläßliche Voraussetzung für die Erreichung eines Zustandes ruhiger Entwicklung für längere Zeiträume die gleichmäßige Anwendung lauterer Grundsätze auch im Wettbewerb der Völker untereinander sei. Die willkürliche Änderung einer in der Welt anerkannten Währung bedeute eine einseitige Willkürmaßnahme. Es gelte jetzt, ohne gegenseitige Vorwürfe den Weg der Heilung durch Wiederherstellung des Vertrauens untereinander zu beschreiten. Werde der Entschluß dazu